



HESSISCHER LANDTAG

19. 04. 2010

Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen

Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend geplanter Kahlschlag im Bildungsbereich - Kürzungen bei Schulen und Hochschulen verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass Bildung als öffentliches Gut und Menschenrecht allen Menschen unentgeltlich und gleichermaßen zur Verfügung stehen muss.

2. Der Hessische Landtag nimmt folgende Aussagen wohlwollend zur Kenntnis:

"Ich bin außerordentlich froh, sagen zu können, dass sich Bund und Länder auf das gemeinsame Ziel verständigt haben, bis zum Jahre 2015 10 v.H. für Bildung und Forschung auszugeben. [...] Wenn man 10 v.H. des BIP erreichen will, dann sind das Milliardenbeträge, die aufgebracht werden müssen."

Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der Pressekonferenz zum Bildungsgipfel in Dresden am 22. Oktober 2008.

"Eine erfolgreiche Bildungspolitik legt den Grundstein für die Zukunft unserer Kinder. [...] Wir setzen auf ein abgestimmtes Bildungskonzept und werden auch die Finanzmittel für die Schulen spürbar steigern."

Koalitionsvertrag von CDU und FDP für die Regierungszeit 2009 bis 2014, S. 27.

"Die Stellen- und Mittelausstattung der Schulen wird [...] voll erhalten bleiben [...]."

Wahlprogramm der CDU zur Landtagswahl 2009, S. 8.

"In den kommenden Jahren werden steigende Studierendenzahlen erwartet, die sich neben einer zu steigernden Studierneigung zum einen aus der demografischen Entwicklung und zum anderen aus der Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Klassen (Abitur nach 12 Schuljahren) ergeben. Sowohl die laufenden Mittel als auch die Mittel für Investitionen müssen an diese Entwicklung angepasst werden."

Wahlprogramm der FDP zur Landtagswahl 2009, S. 92.

"Den hessischen Hochschulpakt werden wir umgehend neu verhandeln. Dabei werden wir die sich aus der demografischen Entwicklung und auch aus der Verkürzung der Gymnasialzeit ergebende Veränderung der Studierendenzahlen berücksichtigen."

Koalitionsvertrag von CDU und FDP für die Regierungszeit 2009 bis 2014, S. 36.

"Wir brauchen angemessene Finanzmittel für alle Bereiche des Bildungswesens, denn unsere Bildungsausgaben sind insgesamt zu niedrig. Für [...] kurzfristig halte ich die Vorstellung, man könnte sinkende Schülerzahlen zum Anlass nehmen, um die Ausgaben für Schule und Bildungswesen zu kürzen. Der demografische Wandel muss für die Schule, für das Bildungswesen, als zusätzliche Chance genutzt werden. Sinkende Schülerzahlen eröffnen finanzielle Spielräume und neue Gestaltungsmöglichkeiten."

"Bildung für alle", Berliner Rede von Bundespräsident Horst Köhler am 21. September 2006.

3. Der Landtag kritisiert die unlängst bekannt gewordenen Pläne der Landesregierung, ab dem Jahr 2011 massive Kürzungen im Bildungsetat vorzunehmen. Einsparungen bei den Hochschulen von 30 Mio. € sind unverantwortlich, ebenso wie die Kürzungen bei Lernmittelfreiheit und Vertretungslehrern. Staatliche Schulen und Hochschulen sind bereits heute chronisch unterfinanziert.
4. Der Landtag kritisiert zudem, dass zeitgleich zu den geplanten Kürzungen bei öffentlichen Schulen und Hochschulen die Aufwendungen für elitäre Projekte wie die European Business School (EBS) oder die Phorms-Privatschule, von deren Existenz ausschließlich eine vermögende Minderheit im Lande profitiert, aufgestockt oder nicht angetastet werden.
5. Der Landtag spricht sich gegen Kürzungen im Bildungsbereich aus. Stattdessen brauchen öffentliche Schulen und Hochschulen eine finanzielle Ausstattung, die es ihnen ermöglicht, ihre wachsenden Aufgaben zu erfüllen.

Der Landtag spricht sich für eine bedarfsgerechte Finanzierung des Bildungssystems aus und begrüßt den für Juni angekündigten sogenannten "Bildungsstreik" als dringend gebotenen Widerstand gegen die Politik einer Landesregierung, die Bildungsabbau betreibt.

Wiesbaden, 19. April 2010

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler